



Pressekonferenz 24.11.2014

Vom Sparpaket zum Bezahlpaket

Beispiel Gemeindefinanzen

Kein Konzept, kein Dialog, keine klare Ansage

- Die Regierung schlägt in ihrem Sparpaket eine Reihe von Maßnahmen vor, die einen direkten Einfluss auf die finanzielle Lage der Gemeinden haben.
- Die Regierung ist sich offenbar nicht bewusst, welche Auswirkungen die geplanten Sparmaßnahmen auf den Gemeindefinanzsektor haben werden.
- Der zuständige Minister war bis dato unfähig, die von der Regierung angekündigten Maßnahmen zu beziffern.

Fakten

Die CSV hat die Mehreinnahmen/Zusatzbelastungen für den Gemeindefinanzsektor für das Jahr 2015 im Vergleich zum Jahr 2014 berechnet (siehe Anhang). Derzeit die Steigerung der Einnahmen mit rund 48 Millionen Euro zu Buche schlagen wird, werden die Ausgaben um 187 Millionen steigen. Daraus ergibt sich ein negativer Saldo von 139 Millionen Euro.

- Den Gemeinden stehen für das Jahr 2015 also insgesamt 139 Millionen Euro weniger an finanziellen Mitteln zur Verfügung.
- Wissend, dass ordinäre Einnahmen von 2,2 Milliarden Euro und ordinäre Ausgaben von 1,75 Milliarden Euro laut Abschlusskonten für das Jahr 2013 insgesamt ein Saldo von 450 Millionen Euro ergeben, kann man davon ausgehen, dass die Investitionskapazität der Gemeinden innerhalb eines Jahres um 31% abnehmen wird.

Mittelfristige Konsequenzen der Regierungspolitik für die Gemeinden

- Die Gemeinden stoppen ihre Investitionspolitik oder sie werden sich massiv verschulden, dies mit negativen Konsequenzen für den Gesamthaushalt des Staates.
- Mehrbelastung der Bevölkerung durch vom Staat aufgezwungene Taxenerhöhungen.
- Die Gemeinden sind nicht mehr in der Lage neue Aufgaben zu übernehmen, wie sie etwa von der Regierung im Wohnungsbau, im öffentlichen Transport und in der Kinderbetreuung eingefordert werden.

Fazit

- Den Gemeinden werden ihnen zustehende finanzielle Mittel diskussionslos gestrichen. Die Investitionskapazität wird um ein Drittel gekürzt. Dies ist für die CSV unverantwortlich.
- Die Sparanforderungen zulasten der Gemeinden bedeuten unweigerlich auch zusätzliche bisher noch nicht mitgeteilte Belastungen für die Bevölkerung.
- Die CSV kann mit Mindereinnahmen in Höhe von 70 Millionen Euro durch das Wegbrechen des elektronischen Handels einverstanden sein. Staat und Gemeinden leisten hier in der gleichen Größenordnung ihren Beitrag.
- Die CSV ist jedoch resolut gegen zusätzliche finanzielle Belastungen der Gemeinden.
- Die CSV fordert eine Reform der Gemeindefinanzen, um das Ungleichgewicht zwischen den Gemeinden zu beheben und plädiert für eine zügige Reform der Gemeindefinanzlandschaft. Als Vorlage sollen die Vorarbeiten des Syvicol dienen.

ANHANG

Tab. 1 - Mehreinnahmen 2015

	FCDF - Fonds communal de dotation financière	ICC - Impôt commercial communal	Total
Budget rectifié 2014	1024 Millionen	530 Millionen	1554 Millionen
Projet de budget 2015	1036 Millionen	561 Millionen	1597 Millionen
Verschiedene Entlastungen			5 Millionen
Total			+ 48 Millionen

Tab. 2 - Zusatzbelastungen 2015

A. Maßnahmen aus dem Sparpaket u. Haushaltsvorlage

Abschaffung der Majorations biennales des fonctionnaires du secrétariat et de la recette communale (Bestandteil des Zukunftspaktes)	15 Millionen
Deckelung der kommunalen Gewerbesteuer (ICC) (Bestandteil des Zukunftspaktes)	10 Millionen
Nicht-Beteiligung der Gemeinden an der allgemeinen Mehrwertsteuererhöhung (Haushaltsvorlage)	25 Millionen
Total 1	50 Millionen

B. Andere Kosten bzw. Haushaltsbelastungen

Mindereinnahmen durch das Wegbrechen des elektronischen Handels für die Gemeinden	70 Millionen
Mehrkosten für die Gemeinden durch die allgemeine Mehrwertsteuererhöhung	35 Millionen
Umsetzung des Gehälterabkommens des öffentlichen Dienstes im Kommunalsektor	24 Millionen
Beteiligung der Gemeinden an den Gehältern des Lehrpersonals in der Grundschule	8 Millionen
Total 2	137 Millionen

Total 1+Total 2	187 Millionen
------------------------	----------------------

Tab3. - Weitere Belastungen für die Gemeinden über das Jahr 2015 hinaus

<i>Maßnahme</i>	<i>Finanzielle Auswirkungen:</i>
2016: Einführung der Gratis-Kinderbetreuung für Kinder im Alter von 1-3 Jahren → Umsetzungsmodalitäten noch immer unbekannt	Unbekannt
2016 : Erhöhung der „taxes de prélèvement d'eau et de rejet des eaux usées“ (Maßnahme 248 des Sparpaketes)	2.5 Millionen
2016 – 2018 : zusätzliches Wegbrechen des elektronischen Handels für die Gemeinden	59 Millionen
2018: Senkung der Zuschussung für den Bau von Kläranlagen von 75% auf 65% (Maßnahme 245 des Sparpaketes)	12 Millionen
„Implication renforcée des Communes dans le financement du secteur conventionné“ → Keine Auskünfte um was es sich handelt	Unbekannt
„Convention RGTR avec les communes“ → werden neu verhandelt	Unbekannt
Geplante Abschaffung des „Pacte Logement“	Unbekannt